Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Policy Paper der Region Lateinamerika

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Die aktuelle Situation Lateinamerikas und Entwicklungsprobleme im regionalen Überblick 2

1.1 Demokratie und Rechtsstaat 2

1.1.1 Die demokratische Entwicklung stagniert 3

1.1.2 Ein neuer Links-Populismus verunsichert die Demokratien 3

1.1.3 Verkrustete Wirtschaftsstrukturen werden zur Falle für Demokratie und Rechtsstaat 4

1.1.4 ‚Impunidad' - Ein überfordertes Justizsystem schafft Straflosigkeit 5

1.1.5 Druck und Drohungen gegen die unabhängige Presse schränken Berichterstattung und Meinungsbildung ein 5

1.1.6 Korruption und Klientelismus bestehen fort 6

1.1.7 Kriminalität und Gewalt durchdringen alle Lebensbereiche 6

1.1.8 Es kommt wieder zu zwischen- und innerstaatlichen Konflikten 7

2. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung 7

3. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU 8

4. Unterstützenwerte liberale Ansätze 9

Einleitung

Lateinamerika stellt sich dem Beobachter derzeit als eine auseinanderdriftende Region dar. Zwar bilden die gemeinsame Geschichte und der gemeinsame kulturelle Hintergrund noch immer eine starke Klammer und fördern ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den einzelnen Staaten und ihren Bürgern, doch sind die Länder zentrifugalen Kräften ausgesetzt, die, sollten sie nicht gemindert oder umgewandelt werden, die Region früher oder später politisch, wirtschaftlich und sozial fragmentieren werden.

Die Entwicklungsprobleme der lateinamerikanischen Staaten können auf eine Reihe gemeinsamer Schwächen zurückgeführt werden. Die aktuellen nationalen Lösungsansätze sind freilich ordnungspolitisch höchst unterschiedlich ausgerichtet und unzureichend miteinander verknüpft.

1. Die aktuelle Situation Lateinamerikas und Entwicklungsprobleme im regionalen Überblick

Nach einem politisch und wirtschaftlich eher ruhigen und von fortgesetztem Wirtschaftswachstum geprägtem ersten Halbjahr 2008, sieht sich Lateinamerika im Zuge der weltweiten Finanzkrise derzeit einmal mehr mit einem drohenden Konjunkturabschwung konfrontiert. Neu ist dabei allerdings, dass die Krise nicht hausgemacht ist und dass die Region durch ihre in den vergangenen Jahren eingeleitete wirtschaftliche Abkopplung von den USA und einer auf Stabilität ausgerichteten Wirtschaftspolitik besser als bei den vorangegangenen Krisen gewappnet zu sein scheint. Dennoch ist zu erwarten, dass spürbare Wachstumsbeeinträchtigungen unmittelbar bevorstehen. So hat die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) im Oktober 2008 ihre Wachstumsprognosen für 2009 von vier auf drei Prozent herabgesetzt.

1.1 Demokratie und Rechtsstaat

Die vor knapp 30 Jahren eingeleitete Demokratisierung Lateinamerikas war insofern erfolgreich, als heute, mit Ausnahme Kubas, alle Länder der Region demokratisch regiert werden. Die Demokratien haben sich als widerstandsfähig gegenüber wirtschaftlichen und politischen Krisen erwiesen (z.B. in der sog. Tequilakrise Mexikos 1994/95 mit Lateinamerika weiten Auswirkungen oder in der Krise Argentiniens 2001/02), auch wenn es in einigen Ländern kurzzeitig zu autoritären Regierungen kam (z.B. Peru unter Fujimori 1990-2000). Angesichts fehlenden Vertrauens in die demokratischen Institutionen und mangelnder Anerkennung der demokratischen Errungenschaften kann die Mehrzahl der lateinamerikanischen Demokratien aber noch immer nicht als gefestigt gelten.

Ausgehend von der Überzeugung, dass politische Entwicklung generell von den gegebenen Strukturen, den Institutionen sowie den individuellen gesellschaftlichen Akteuren und deren komplexem Zusammenspiel abhängig ist, lassen sich für Lateinamerika eine Reihe von Schwachstellen in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaat identifizieren. Zugrunde liegen ihnen strukturelle Fehlentwicklungen des demokratischen Systems und in seinem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld.

1.1.1 Die demokratische Entwicklung stagniert

Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Akteure der Legislative und Exekutive ist gering. Ausgeprägte Präsidialsysteme fördern die Machtkonzentration und personalistische Politik und tragen so auch Mitschuld an der Erstarkung der neuen Caudillos. Die Legislative wird beherrscht von Parteien mit autoritärem Führungsstil, hierarchischen Strukturen, einem fehlenden Mindestmaß an interner Konsistenz (im Fall der zunehmenden politischen Sammelbewegungen) sowie mangelndem politischen Wissen und einer fehlenden weltanschaulichen Fundierung. Dies macht sie anfällig für Populismus und führt zu einer völlig inkonsistenten Politik. Der politische Nachwuchs ist in der Regel schon verbraucht und angepasst, wenn er Führungspositionen einnimmt.

Die Welle demokratischer Wiederwahlen von ehemaligen Präsidenten (Arias in Costa Rica, García in Peru, Ortega in Nicaragua), denen nicht immer der Ruf von Erfolg anhaftet, zeigt anschaulich, dass die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat derzeit „auf der Stelle tritt" und es noch an zukunftsweisenden Perspektiven fehlt. Der Wunsch nach einer neuen Politik und unverbrauchten Politikern führt in einigen Ländern zur Existenz einer Vielzahl kleiner Parteien, die eine Fragmentierung der Legislative zur Folge haben, Mehrheitsbildungen erschweren und damit letztendlich die parlamentarische Arbeit stark verlangsamen (z.B. Brasilien).

In den letzten Jahren mehren sich bei den Präsidentschaftswahlen Quasi-Pattsituationen (z.B. Costa Rica 2006, Honduras 2006, Peru 2006, Mexiko 2006, Ecuador 2006), die Stichwahlen notwendig machten. Für die Konsolidierung der demokratischen Systeme spricht dabei, dass fast alle Wahlverlierer ihre Niederlage öffentlich akzeptierten und fortan aus der parlamentarischen Opposition heraus ihre Politik umzusetzen versuchen und auf diese Weise die politische Polarisierung des Wahlkampfes wieder dämpften. Einzige Ausnahme ist hier Mexiko, wo sich der Wahlverlierer López Obrador Ende 2006 zum „legitimen Präsidenten" ernannte und eine politische Zweiteilung des Landes sowie die Delegitimierung der demokratischen Strukturen bewusst in Kauf nahm.

1.1.2 Der neue Links-Populismus greift um sich

Mit dem 1998 gewählten venezolanischen Präsidenten Chávez hat die tendenziell sozialistische Systemkritik Lateinamerikas einen neuen wort- und vor allem auch ressourcengewaltigen Anführer gefunden. Kernpunkte seiner Rhetorik sind neben den Angriffen auf die bisher dominierenden Eliten ein platter Antiamerikanismus und die Notwendigkeit der Schaffung eines regionalen Gegengewichts zu den USA. Dass dies in Zeiten der Globalisierung, der sinkenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Lateinamerikas von den USA und insbesondere der rapide zunehmenden Wirtschaftsbeziehungen zu China alleine schon ein Anachronismus ist, tut der Attraktivität dieser Schwarz-Weiß-Seherei keinen Abbruch.

Aufgrund des hohen Erdölpreises stand Chávez bislang für die Förderung seines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" viel Geld zur Verfügung, das er neben der Finanzierung diverser alternativer regionaler Integrationsmechanismen auch für großzügige Geldgeschenke an seine politischen Glaubensgenossen verwenden konnte; dies selbst am Rande der Legalität, wie sich bei seiner 800.000 US$-Wahlkampfspende für die argentinische Präsidentin Cristina Fernández zeigte. Trotz gefüllter Kassen stoßen die in Konkurrenz zu IWF und Weltbank gegründete regionale Entwicklungsbank „Banco del Sur", und der als Gegenstück zum Mercosur und den bi- und multilateralen Freihandelsverträgen initiierte Handelsblock „Bolivarianische Alternative der Ameri-

kas" (ALBA) nur bei seinen engsten politischen Verbündeten auf Interesse, wobei auch unter ihnen die wirtschaftlichen Verflechtungen gering bis minimal sind und ihre wichtigsten Handelspartner nach wie vor außerhalb des Kontinents liegen. Dass ALBA nicht als eine ernst zu nehmende Alternative wahrgenommen wird, zeigt auch die Zurückhaltung der ökonomisch wichtigsten Länder des Kontinents, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru, gegenüber der Initiative. Keines dieser Länder ist ALBA bislang beigetreten. Mehr Erfolg hat dagegen die für den karibischen und mittelamerikanischen Raum gegründete Allianz „Petrocaribe", in deren Rahmen venezolanisches Erdöl zu Vorzugskonditionen verkauft wird und der inzwischen die meisten Länder dieser Region angehören.

Trotz linker Regierungen sind die tonangebenden Staaten Südamerikas auch nicht gewillt, Chávez' politischen Forderungen Folge zu leisten. Brasilien z.B. praktiziert im Umgang mit Venezuela eine Politik der Umarmung, ohne aber wirklich auf die Kernanliegen von Chávez einzugehen. Durch das Vermeiden harter Kritik und durch seine Einbeziehung in Gespräche und Abkommen soll letzterer zu einem konstruktiven Umgang mit den lateinamerikanischen Nachbarn ermutigt werden. Im Grunde gibt es zu dieser Politik kaum eine Alternative, aber das hartnäckige Schweigen der brasilianischen Regierung auch zu groben Schnitzern von Chávez löst oft zu Recht Unbehagen aus, innerhalb und außerhalb Brasiliens.

Die linken Regierungen kleiner und ärmerer Länder sind dagegen zunehmend bereit, Chávez' Forderungen kritiklos zu übernehmen und selbst gegen wachsenden Widerstand in ihren Ländern durchzusetzen. Evo Morales (Bolivien), Daniel Ortega (Nicaragua) und Rafael Correa (Ecuador) sorgen so unter der Schirmherrschaft des venezolanischen Präsidenten dafür, dass die Politik des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" weiter Konturen annimmt. Jüngst hat nun auch der Präsident von Honduras, Manuel Zelaya, einen Parlamentsentscheid für den Eintritt seines Landes in ALBA herbeigeführt. Erstmals ist dieser neue Sozialismus nun auch in einer lateinamerikanischen Verfassung verankert: der ecuadorianische Präsident hat sich dies per Volksabstimmung absegnen lassen.

Viele linke Gruppierungen Lateinamerikas sehen in dem venezolanischen Präsidenten ihren natürlichen Verbündeten und fördern auf diese Weise ein neues politisches Lagerdenken, das auch in Europa gerne übernommen wird. Dass der politische Diskurs der Chavisten überwunden geglaubten Forderungen der Linken Lateinamerikas in besorgniserregender Weise neues Leben einzuhauchen vermag, zeigt auch die jüngste Entscheidung der argentinischen Präsidentin, die 1994 privatisierte Rentenversicherung wieder zu verstaatlichen. Dieses Beispiel für die neuen Allmachtsphantasien des Staates in Lateinamerika wird nicht das Einzige bleiben.

Ein Spiel mit dem Feuer betreibt der linke Populismus auch auf globaler Ebene: Nach Chávez' Antichambrieren im Nahen Osten irritiert er die Region und die USA neuerdings mit umfangreichen Waffenkäufen und militärischer Kooperation mit Russland.

1.1.3 Verkrustete Wirtschaftsstrukturen werden zur Falle für Demokratie und Rechtsstaat

Dem Wirtschaftswachstum Lateinamerikas der letzten Jahre zum Trotz bestehen die krassen nationalen Einkommensunterschiede – weltweit die höchsten - praktisch unverändert fort. Auch die Erhöhung der Sozialausgaben in den neunziger Jahren brachte bei der Bekämpfung von Armut und der unmittelbar mit ihr verbundenen fehlenden Chancengleichheit in allen Lebensbereichen nur begrenzt nachhaltige Fortschritte. Erst vor dem Hintergrund des kontinuierlichen

Wirtschaftswachstums der letzten Jahre gelang es einigen Ländern, den Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung leicht zu senken.

So zeigt sich, dass demokratische Grundstrukturen allein nicht genügen, um die Armut erfolgreich zu verringern. Eine stabile Demokratie braucht auch langfristig entsprechende Wirtschaftsstrukturen. Wirtschaftliche Selbstbestimmung der Bürger ist Voraussetzung, um aus eigener Anstrengung und mit legalen Mitteln der Armut zu entfliehen. Dies erfordert in Lateinamerika tiefgreifende und weitblickende Strukturreformen, die bislang praktisch nur Chile umgesetzt hat (mehr dazu unter „2. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung").

Es ist für die Liberalen des Kontinents darüber hinaus ein großes Problem, dass die überaus inkonsistente Reformpolitik einiger nichtliberaler, in erster Linie am eigenen Machterhalt interessierter Präsidenten Lateinamerikas während der neunziger Jahre als "Neoliberalismus" bezeichnet wurde. Das erschwert heute das Eintreten für Marktöffnung, Privatisierung und Entbürokratisierung und liefert der Linken Agitationsmaterial.

1.1.4 „Impunidad" – Ein überfordertes Justizsystem schafft Straflosigkeit

Der Zustand des dritten Standbeins des demokratischen Systems, der Rechtsprechung, trägt nicht geringfügig zu den Problemen der Demokratie in Lateinamerika bei. Wenngleich rechtsstaatliche Strukturen in weiten Teilen formal bestehen, unterhöhlen eine oftmals veraltete Gesetzeslage und unangemessene Verfahrensregelungen das Justizsystem in vielen Ländern. Lange Verfahren, zahlreiche Freisprüche aufgrund von Formfehlern im Prozess, unverständliche Argumentationen und verbreitet parteiische Richter auf der einen Seite sowie jahrelange Untersuchungshaft und menschenverachtende Zustände im Strafvollzug auf der anderen Seite widersprechen dem Gerechtigkeitssinn und Rechtsempfinden der Menschen, bringen sie dazu, selbst Recht zu schaffen und entmutigen ihre Zivilcourage und verantwortungsbewusstes gesellschaftliches Handeln. Zu einer Behinderung der Strafverfolgung und somit letztendlich zu Straffreiheit führen auch die Verbindungen zwischen Polizisten, privaten Milizen, Politikern und Kriminellen, zum Teil sogar unter Einschluss von Nichtregierungsorganisationen und Bürgergruppen.

Das Problem der auf so vielfältige Weise produzierten Straflosigkeit („Impunidad") betrifft inzwischen alle Schichten und Gruppen, den hochrangigen Politiker oder Geschäftsmann ebenso wie den kleinen Ganoven, den Mörder und deren Opfer und ist in einigen Ländern dabei, den Rechtsstaat ad absurdum zu führen. Diese Entwicklung hat andere, ebenfalls berechtigte Sorgen um Menschenrechtsverletzungen in den lateinamerikanischen Staaten teilweise verdrängt. Nachweisbare negative Auswirkungen der Straffreiheit auf die wirtschaftliche Entwicklung (Verringerung der Investitionen, Kapitalflucht, etc.) sind zur Genüge bekannt.

Zu den insgesamt erfreulichen Entwicklungen der letzten Zeit gehört, dass die obersten Gerichte in Brasilien mittlerweile klare Schritte zur Stärkung des Rechtsstaates unternommen haben und signalisieren, dass sie sich der bestehenden Defizite bewusst sind.

1.1.5 Druck und Drohungen gegen die unabhängige Presse schränken Berichterstattung und Meinungsbildung ein

Der mit dem demokratischen Transformationsprozess einhergehenden nachhaltigen Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in der Region zum Trotz ist die Presse in den letzten Jahren

wieder zunehmend zum Ziel drastischer Einschüchterungen, einschließlich Morden, Morddrohungen und Verhaftungen geworden. Überall dort, wo es zu politischen Spannungen kommt, im Rahmen von Wahlkämpfen (Nicaragua, Venezuela), bei politischen Instabilitäten (Bolivien, Kolumbien, Mexiko), der Drogenbekämpfung (Mexiko) und bei generell unfreien Strukturen im Fall Kubas wird es für die Berichterstattung und für die Pressevertreter gefährlich.

Die Interamerikanische Gesellschaft für Presse (SIP) beschuldigte auch 2008 Kuba einer totalen staatlichen Informationskontrolle. Das Land hält derzeit 26 Journalisten inhaftiert. In Venezuela ermächtigte sich Präsident Chávez per Dekret zur Schließung von Privatbetrieben, einschließlich unabhängiger Medien. Hier, ebenso wie in Argentinien, Bolivien, Ecuador, Peru und Nicaragua, macht die Exekutive kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen die unabhängige Presse. Ihre Repressalien reichen von Gesetzen zur Einschränkung der freien Berichterstattung über die Instrumentalisierung der staatlichen Anzeigenschaltung bis hin zur staatlichen Steuerung der Papiervergabe. Der ecuadorianische Präsident Correa bezeichnete die regierungskritische Presse jüngst als seinen Hauptgegner. Versuchte staatliche Kontrolle über unabhängige Berichterstattung, ein Klima der Unsicherheit und Straffreiheit führen so insgesamt zu immer mehr Selbstzensur.

1.1.6 Korruption und Klientelismus bestehen fort

Wuchernde Bürokratie und ein ausufernder, fachlich häufig inkompetenter Beamtenapparat sind ein bekanntes Übel in Lateinamerika, das die Demokratien bislang nicht ernsthaft genug bekämpft haben. Es behindert nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Politik: Ineffizienz und Ineffektivität des Staatsapparates sind seine unmittelbaren Folgen, Korruption und Klientelismus die mittelbaren Konsequenzen. Im „Korruptionswahrnehmungsindex 2008" von „Transparency International" wurde die empfundene Korruption im öffentlichen Sektor mit einer Skala von 10 (keine Korruption) bis 0 (Empfinden absoluter Korruption) untersucht. Nur Chile, Uruguay und Costa Rica liegen über dem Mittelwert. Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder verfehlt den Sprung aus dem untersten Drittel weiterhin. Sie sind also Staaten mit hoher und höchster Korruptionswahrnehmung. Argentinien, Nicaragua, Paraguay, Ecuador und Venezuela zählen nach diesem Index zu den korruptesten Ländern weltweit.

1.1.7 Kriminalität und Gewalt durchdringen alle Lebensbereiche

Bei der Bekämpfung der „gewöhnlichen Kriminalität" geraten rechtsstaatliche Prinzipien und Bürgerrechte in Gefahr. Diese Entwicklung zeigt sich besonders deutlich in den zentralamerikanischen Staaten Honduras, El Salvador und Guatemala, wenn beispielsweise alleine die Mitgliedschaft in einer der berüchtigten Jugendbanden (maras) per Gesetz zur Straftat gemacht wird. Die Kriminalität wird aber auch zu einem wirtschaftlichen Problem. Sie verprellt nicht nur Investoren, sondern bindet auch ohnehin karge Haushaltsmittel und Ressourcen. Nach Berechnungen des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP kostet die Bandenkriminalität die zentralamerikanischen Staaten zusammen 7,7 Prozent ihrer Wirtschaftskraft oder 6,5 Mrd. Dollar pro Jahr.

Drogenhandel und Drogenkriminalität, zu deren Bekämpfung teilweise auch Streitkräfte über ihre verfassungsmäßigen Befugnisse hinaus eingesetzt werden (so in Mexiko und Kolumbien), drohen außer Kontrolle zu geraten. Fast 40.000 Polizisten und Soldaten setzt die Regierung Calderon in Mexiko zur Bekämpfung der Drogenkriminalität ein. Dennoch bzw. deshalb eskaliert hier die Situation zusehends. Allein in Mexiko betrug die Anzahl der Toten, durch interne Auseinandersetzungen und solchen zwischen den Drogenkartellen bis Jahresende 2008, weit über 4.000.

1.1.8 Es kommt wieder zu zwischen- und innerstaatlichen Konflikten

In Bolivien führte der Machtkampf zwischen Präsident Morales und der Opposition zu einer Zuspitzung der Lage. Nachdem sich die vier rohstoffreichsten Departements per Referendum für eine größere politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ausgesprochen hatten, ließ sich Morales in einer Volksabstimmung im Amt bestätigen. Auch alle (bis auf zwei oppositionelle) Präfekten erhielten die notwendige Zustimmung. Seitdem schwankt die politische Lage zwischen Dialog und Säbelrasseln. Im Januar 2009 gewann zwar Morales das Referendum über eine neue Verfassung, doch zu einer Lösung des Konfliktes wird es wohl kaum führen.

Eine militärisch exterritoriale Aktion der kolumbianischen Streitkräfte gegen ein Lager, das die Narcoguerilla „FARC" mit Wissen und Duldung der ecuadorianischen Regierung im benachbarten Ecuador unterhielt und als Ausgangsbasis für Aktionen auf kolumbianischem Territorium nutzte, führte 2008 erneut die spannungsgeladenen Beziehungen der Andenstaaten vor Augen.

2. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Nach dem sogenannten „verlorenen Jahrzehnt" in den achtziger Jahren wächst die lateinamerikanische Wirtschaft wieder. Seit 1993 verzeichnete die Region ein im Durchschnitt über drei Prozent liegendes, seit 2003 ein fünfprozentiges ununterbrochenes jährliches Wirtschaftswachstum. Diese Entwicklung hat zu einer leichten Verringerung der Armutsrate geführt. Arbeitslosigkeit und informeller Sektor nahmen in den letzten Jahren prozentual ebenfalls ab. Zu einer Verringerung der hohen Einkommensunterschiede ist es aber bislang trotz des konstanten Wachstums nicht gekommen. Die Sozialausgaben gemessen am BSP stagnieren auf dem Niveau der 1990er Jahre.

Die positiven Daten gründen sich vor allem auf die Wachstumsraten der Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte - beides Sektoren, die ursprünglich nur in einem geringen Umfang modernisierte und liberalisierte Strukturen aufwiesen. Erst durch ihre zunehmende wirtschaftliche Bedeutung in den letzten Jahren wurden sie zu Magneten für ausländische Investitionen und zu Impulsgebern der neuen Weltmarktorientierung Lateinamerikas. In vielen Ländern der Region führte dies wiederum zur Steigerung der Produktivität von Landwirtschaft und Rohstoffförderung und zu verstärkter Forschung. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit sich die sinkenden Preise auf diese bislang so positive Entwicklung auswirken werden.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise und der wirtschaftlichen Schwäche der USA lag die Wachstumsrate 2008 nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) aber deutlich unter den ursprünglich prognostizierten 4,5 Prozent. Für 2009 erwartet CEPAL ein nur noch knapp dreiprozentiges Wachstum. Kurzfristig hat die Krise in Lateinamerika eine Schwächung der lokalen Währungen gegenüber dem Dollar sowie Kursverfalle an den Börsen verursacht. Mittelfristig werden vor allem die verringerte Nachfrage nach Rohstoffen und deren sinkenden Preise, zurückgehende Auslandsinvestitionen und eine restriktivere Kreditvergabe das lateinamerikanische Wirtschaftswachstum hemmen. Darüber hinaus sorgten bereits im Jahr 2008 die vormals hohen Erdöl- und Rohstoffpreise für teilweise besorgniserregende zweistellige Inflationsraten und hohe Zinsen.

Da die lateinamerikanische Finanzinstitute bislang kaum von Liquiditätsengpässen betroffen sind und die Region noch immer recht gelassen auf die ins Trudeln geratene US-Wirtschaft

blickt, gewinnen im Windschatten der Krise die Befürworter eines verstärkten Staatsengagements zu Lasten der freien Wirtschaft an Einfluss. Allen voran sehen die linkspopulistischen Präsidenten Venezuelas, Ecuadors, Boliviens und Nicaraguas in dem US-Debakel schlichtweg eine Bestätigung der Notwendigkeit eines sozialistisch geprägten Wirtschaftssystems. Die Gunst der Stunde nutzend kündigte die Regierung Argentiniens die Wieder-Verstaatlichung der Rentenversicherung an, während in Brasilien überlegt wird, die ohnehin schon starken Banken und Sparkassen im Staatsbesitz mit zusätzlichen Mitteln in Milliardenhöhe und neuen Interventionsmöglichkeiten auszustatten. Angesichts der unverändert großen Ineffizienzen in den Bürokratien Lateinamerikas sorgt diese Entwicklung für weitere wachstumshemmende Impulse.

Die Verkrustung der meisten lateinamerikanischen Wirtschaftssysteme wurde bereits als ein demokratiehemmender Faktor beschrieben. Für die Wirtschaftsentwicklung wird sie mittelfristig katastrophale Folgen haben. Auf den einschlägigen Indizes für wirtschaftliche Freiheit nehmen die meisten Staaten Lateinamerikas nur Mittelplätze ein. Im Gegensatz zum gerne verbreiteten Eindruck, der Kontinent leide unter dem „Neoliberalismus", also einem Übermaß an marktwirtschaftlichen Reformen, ist das Gegenteil der Fall. Fast überall fehlt es an offenen Märkten und gleichen Wettbewerbschancen. So werden Besitzstände gewahrt und die soziale Ungleichheit weiter gefestigt.

Um das wirtschaftliche Potential Lateinamerikas in demokratiefördernder Weise auszuschöpfen, sind nicht nur die weitere Öffnung der Wirtschaftssysteme, sondern insbesondere eine verstärkte Wettbewerbsorientierung und größere Transparenz Grundbedingung. Nur auf diese Weise werden die lateinamerikanischen Staaten letztendlich auch von den Chancen des Freihandels profitieren können.

3. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU

Nach den USA ist die Europäische Union (EU) mit einem durchschnittlichen Handelsanteil von 15 Prozent der zweitwichtigste Handelspartner für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt dabei einen exponierten Platz ein und ist für die meisten Länder Lateinamerikas der wichtigste EU-Wirtschaftspartner. Die rasant zunehmende Verknüpfung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften mit China auf der Grundlage von dessen wachsender Rohstoffnachfrage ändert dies jedoch schrittweise.

Die Handelsbeziehungen zwischen Lateinamerika und der EU finden seit 1999 im Rahmen einer ‚Strategischen Partnerschaft' statt. Jedoch haben die lateinamerikanischen Länder für die Staaten der EU in den letzten Jahren an Bedeutung verloren; so ging der durchschnittliche Handelsanteil seit 1980 um fünf Prozentpunkte zurück. Ursachen hierfür sind u.a. die EU-Erweiterung, die eine gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen nun 27 europäischen und 33 lateinamerikanische Staaten erschwert hat, aber auch außenpolitische und interregionale Divergenzen in Lateinamerika. Trotz einiger Abkommen auf subregionaler Ebene gehen die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen EU und dem Mercosur, dem größten wirtschaftlichen Integrationssystem Lateinamerikas, nur schleppend voran, da beide Seiten einzelne Wirtschaftszweige vom Freihandel ausnehmen wollen. So kommt ganz Lateinamerika im Handel mit der EU eine geringere Rolle zu als der Schweiz. Auf bilateraler Ebene existieren bereits Verträge mit Mexiko (2000) und Chile (2005) mit dem Ziel des Aufbaus einer gemeinsamen Freihandelszone. 2006 wurden entsprechende Verhandlungen mit den zentralamerikanischen Staaten aufgenommen.

Die Mehrzahl der Staaten des lateinamerikanischen Festlandes sind Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, unter ihnen auch die aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses und ihrer zunehmenden Mitgestaltung internationaler Politik vom BMZ als sog. „Ankerländer" bezeichneten Staaten Mexiko und Brasilien. Im Rahmen der entwicklungsfördernden Zusammenarbeit tragen die EU und ihre Mitgliedstaaten, unter denen Deutschland der mit Abstand größte Beitragszahler ist, aktuell über 60 Prozent zur Entwicklungsfinanzierung in Lateinamerika bei. Davon fließen allein zwei Drittel in die Andenstaaten. Darüber hinaus leistet die Bundesrepublik Deutschland bilaterale Entwicklungshilfe, die sich derzeit auf die Armutsminderung durch Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Armen (gute Regierungsführung), Umwelt- und Klimaschutz sowie Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung konzentriert. So nehmen die EU und Deutschland aufgrund ihrer hohen Zuwendungen eine strukturstabilisierende Funktion wahr. Deutschland vergibt beispielsweise weiterhin Budgethilfe an Honduras, was angesichts des hohen Korruptionsgrades in der öffentlichen Verwaltung dort ebenso kritisch hinterfragt werden müsste wie im Fall von Nicaragua, wo diese Hilfe eingestellt wurde.
Der V. EU-Lateinamerikagipfel im Mai 2008 in Lima hat – wenn auch in eher unverbindlichen Formeln - die Bereitschaft zur bruchlosen Fortsetzung dieser Zusammenarbeit dokumentiert.

4. Unterstützenswerte liberale Ansätze

Diese ergeben sich im Grunde aus den oben dargestellten Schwächen von Demokratie, Rechtsstaat und Wirtschaftsentwicklung. Angesichts der Stagnation der Demokratieentwicklung ist der Zeitpunkt für die Verbreitung liberaler Grundwerte und Politikkonzepte günstig. Doch noch mehr als dem linken und dem rechten Spektrum fehlt es den Liberalen an Führungsnachwuchs, der ihre politischen Anliegen glaubhaft vertritt und effizient umsetzt. Diese Problematik ist nicht allein (aber auch) durch politische Bildungsarbeit mit der liberalen Jugend zu lösen. Den liberalen Parteien und Institutionen muss deutlich gemacht werden, dass letztlich nur eine neue politische Kultur der Mäßigung der Politik, des Verhandelns von Interessen und Positionen, der Fähigkeit und Kraft zu Übereinkünften und Kompromissen eine neue Politik hervorbringt. Dazu gehört auch, dass den Bürgern insgesamt mehr gesellschaftliche Verantwortung zugemutet wird.

Dieser Herausforderung ist auch im Rahmen einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen den Liberalen Lateinamerikas und Europas zu entsprechen. Aus aktuellem Anlass erscheint ein Dialog der Liberalen Lateinamerikas und Europas zur wirtschaftspolitischen Rolle des Staates angebracht. Die Annäherung an das Thema von den unterschiedlichen regionalen Blickwinkeln und jüngsten Erfahrungen aus könnte zur Definition gemeinsamer Positionen führen und so eine neue Qualität des internationalen liberalen programmatischen Dialogs geben.

Lateinamerikas liberale Eliten führen auf hohem intellektuellem Niveau einen ordnungspolitischen Diskurs, der Respekt abnötigt, dem jedoch die Wirkung versagt bleibt, solange er sich nicht auf die auch parteibildende Kraft seiner Überzeugungen stützen kann. Den brillanten und mutigen liberalen Denkern Lateinamerikas fehlt es an politischer Basis und Durchsetzungskraft. Die liberalen Intellektuellen bleiben Einzelkämpfer und selbstverliebte Individualisten und scheuen zu oft noch die Mühe, institutionelle Strukturen zu schaffen. Stiftungsarbeit hat hier ein weites erzieherisches, strukturbildendes, politikberatendes und möglichst Mut zur Politik machendes Arbeitsfeld.

Impressum:

Herausgeber: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse

Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Telefon: +49 (331) 7019-117
Fax: +49 (331) 7019-216

www.freiheit.org

Autor: Ulrich Wacker, RBL Lateinamerika

Der Wiederabdruck ist unter Angabe der Quelle erlaubt, Dezember 2008.